

Beschlussempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses (6. Ausschuss)

**zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
– Drucksache 16/3225 –**

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Budapester Übereinkommen vom 22. Juni 2001
über den Vertrag über die Güterbeförderung in der Binnenschifffahrt (CMNI)**

A. Problem

Die grenzüberschreitende Beförderung von Gütern auf Binnengewässern wird angesichts der national unterschiedlichen Rechtsnormen sehr erschwert. Das am 22. Juni 2001 in Budapest zur Zeichnung aufgelegte Übereinkommen überwindet die Rechtszersplitterung und schafft Rechtssicherheit und Rechtsklarheit. Es soll daher ratifiziert werden.

B. Lösung

Annahme des Gesetzentwurfs, mit dem die Voraussetzungen nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes für die Ratifikation des oben bezeichneten Übereinkommens geschaffen werden.

Annahme des Gesetzentwurfs mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Gesetzentwurf auf Drucksache 16/3225 unverändert anzunehmen.

Berlin, den 13. Dezember 2006

Der Rechtsausschuss

Andreas Schmidt (Mülheim)
Vorsitzender

Marco Wanderwitz
Berichterstatter

Dirk Manzewski
Berichterstatter

Mechthild Dyckmans
Berichterstatterin

Sevim Dağdelen
Berichterstatterin

Jerzy Montag
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Marco Wanderwitz, Dirk Manzewski, Mechthild Dyckmans, Sevim Dağdelen und Jerzy Montag

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Gesetzentwurf auf **Drucksache 16/3225** in seiner 63. Sitzung am 9. November 2006 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung an den Rechtsausschuss und zur Mitberatung an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung überwiesen.

II. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat die Vorlage in seiner 27. Sitzung am 13. Dezember 2006 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Annahme des Gesetzentwurfs empfohlen.

III. Beratung im Rechtsausschuss

Der **Rechtsausschuss** hat die Vorlage in seiner 42. Sitzung am 13. Dezember 2006 abschließend beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. beschlossen, die Annahme des Gesetzentwurfs zu empfehlen.

Berlin, den 13. Dezember 2006

Marco Wanderwitz
Berichtersteller

Dirk Manzewski
Berichtersteller

Mechthild Dyckmans
Berichterstellerin

Sevim Dağdelen
Berichterstellerin

Jerzy Montag
Berichtersteller

